

DEMO
KOMMUNALKONGRESS

Treffpunkt
sozialdemokratischer
Kommunalpolitik



SGK
Die Kommunalen in NRW

PROGRAMM-MAGAZIN

in Zusammenarbeit mit der SGK Nordrhein-Westfalen

ZUM 20. DEMO-KOMMUNALKONGRESS | 3.–4. JULI 2025 IN DUISBURG

www.demo-kommunalkongress.de



**»AUF DIE
KOMMUNEN
KOMMT ES AN!«**



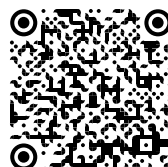
KOMMUNAL & SOZIALDEMOKRATISCH

DER DEMO-NEWSLETTER!

HIER ABONNIEREN

E-Mail-Adresse sowie Vor- und Nachnamen eingeben und bestellen.

**Erscheint alle 14 Tage.
Kostenlos und aktuell.**





Liebe Freundinnen und Freunde der DEMO und der SGK NRW,

Kleines kann eine große Wirkung haben, die weit ausstrahlt. So ist es auch mit den Kommunen. Die Städte und Gemeinden sind die Keimzellen unseres Gemeinwesens. Was in ihnen passiert oder auch nicht, hat immer Auswirkungen auf das große Ganze: auf unsere Demokratie und unseren Staat. Wenn es in den Kommunen hakt, hakt es im Land.

Dabei wurde in der Bundespolitik lange nicht gewürdigt, vielleicht auch ignoriert, was Städte und Gemeinden leisten. Das fängt mit der Ganztagsbetreuung von Kindern an, geht über kommunale Klima-Anpassung bis hin zur Bewältigung der Wohnungsnot. Viel zu oft entscheidet der Bund darüber, was und wie die Kommunen etwas umsetzen sollen, ohne deren Kompetenz einfließen zu lassen. Zumindest in der SPD hat aber jetzt ein Umdenken eingesetzt. Die Partei will die Bedeutung der Kommunalpolitik stärken und in den Gremien mehr Kommunalpolitiker zu Wort kommen lassen.

Die DEMO bringt zusammen mit der SGK NRW beim 20. DEMO-Kommunalkongress alle zusammen. Hier diskutiert der Bund mit den Kommunen, und auch die Länder sind dabei. Neben Politikern aller politischen Ebenen und zahlreiche Experten freuen wir uns bei dem Kongress auf die neue Parteivorsitzende und Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Bärbel Bas. Auch die Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen Verena Hubertz ist dabei.

Ich freue mich auf Sie und unseren Austausch – auch im Interesse unserer Kommunen.

Herzlich

Karin Nink

Chefredakteurin der DEMO
Geschäftsführerin des vorwärts-Verlages



Liebe Freundinnen und Freunde der DEMO und der SGK NRW,

es ist schön, dass das Treffen der Kommunalpolitik in der SPD-Familie in diesem Jahr in Nordrhein-Westfalen stattfindet und wir viele spannende und prominente Gäste begrüßen dürfen. Der temporäre Umzug des Kommunalkongresses hat den Grund, dass hierzulande am 14. September 2025 die Kommunalwahlen stattfinden. Es geht um politische Mehrheiten und um die Chefinnen- und Chefsessel in nahezu allen 396 Rathäusern und 31 Kreishäusern.

Die Kommunen bilden das Fundament unserer Demokratie. Hier organisieren wir, dass das Leben in den Städten, Gemeinden und Kreisen funktioniert, die Lebensqualität vor Ort und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Damit das gelingt, benötigen wir starke und handlungsfähige Kommunen!

Wir wollen im Rahmen dieses Kongresses auch darüber sprechen, wie wir die Städte, Gemeinden und Kreise konkret stärken. Zu oft wirken sich überörtliche politische Entscheidungen am Ende negativ für die Kommunen aus. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, Gestaltungsmöglichkeiten zu erhalten und auszubauen. Das tun wir vor allem mit Blick auf die vielen tausend ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und -politiker.

Ich freue mich auf viele interessante Gespräche und Begegnungen auf dem 20. DEMO-Kommunalkongress – dieses Mal in Kooperation mit der SGK NRW!

Wir sehen uns!

Herzlich

Maik Luhmann

Landesgeschäftsführer der SGK NRW

IMPRESSUM

Das Programm-Magazin ist eine Anzeigenonderveröffentlichung zum DEMO-Kommunalkongress 2025

ViSDP: Karin Nink, Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Stresemannstr. 28, 10963 Berlin | **Anzeigen:** Henning Mahler, Henning Witzel, Kerstin Böhm, Simone Roch, ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin | **Grafik:** Jana Schulze | **Layout:** Heidemarie Lehmann | **Titelbild:** Dirk Bleicker | **Druck:** MPC Media Print Consulting GmbH & Co. KG, Am Fohlenhof 5, 82256 Fürstenfeldbruck

Stand: 30. Juni 2025



BÄRBEL BAS

Autor: Carl-Friedrich Höck

Aus Duisburg nach Berlin

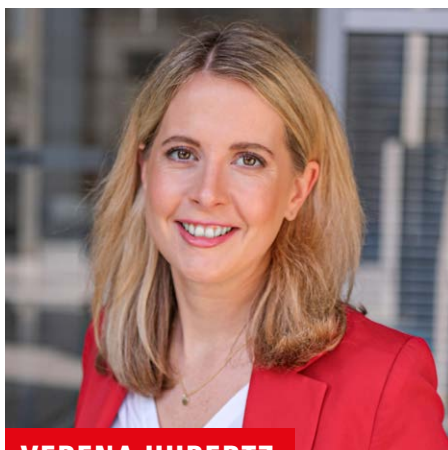
Für die neue Bundesarbeitsministerin ist der DEMO-Kommunalkongress ein Heimspiel. Denn im Duisburger Stadtteil Walsum wurde Bärbel Bas 1968 geboren, als Tochter eines Busfahrers und einer Hausfrau. Bei ihrem eigenen Einstieg ins Arbeitsleben musste sie einige Hürden nehmen. Nachdem sie an der Hauptschule in Voerde die Fachoberschulreife erlangt hatte,

wollte sie eine Ausbildung als technische Zeichnerin absolvieren. Doch nach 80 Absagen begann sie stattdessen eine Ausbildung als Bürohilfin bei der Duisburger Verkehrsgesellschaft. Es folgte eine weitere Ausbildung zur Sozialversicherungsfachangestellten, die Weiterbildung zur Krankenkassen-Betriebswirtin und schließlich ein Abendstudium zur Personalmanagement-Ökonomin.

Diese Erfahrungen dürften Bas in ihrer neuen Rolle helfen. Als Bundesministerin für Arbeit und Soziales ist sie im neuen schwarz-roten Kabinett dafür zuständig, möglichst vielen Menschen den beruflichen Aufstieg zu ermöglichen. Die Aufgabe ist anspruchsvoll. Noch im Wahlkampf gehörte das Bürgergeld zu den großen Streitthemen zwischen Union und SPD, nun soll Bas es zu einer „neuen Grundsicherung für Arbeitsuchende“ umgestalten. Auch Kommunalpolitiker werden ihre Arbeit als Ministerin mit Spannung verfolgen. Dass viele Städte und Gemeinden in finanzielle Nöte geraten sind, liegt unter anderem auch an gestiegenen Sozialausgaben.

Als Bundestagspräsidentin (2021-2025) hatte Bas bereits das zweithöchste Amt des Staates inne – protokollarisch ist es noch über dem Bundeskanzler angesiedelt. Dem Bundestag gehört sie seit 2009 an und gewann ihren Duisburger Wahlkreis seitdem jedes Mal. Auch das kommunalpolitische Handwerk hat die Sozialdemokratin in Duisburg gelernt: Von 1994 bis 2002 war sie Mitglied im Stadtrat.

Zur SPD ist Bas über ihre Arbeit als Betriebsrätin gekommen. 1988 trat sie ein. Auch innerhalb der Partei hat die Duisburgerin den Weg nach ganz oben geschafft. Auf dem Parteitag im Juni (nach Redaktionsschluss) wurde sie, sofern alles wie erwartet lief, zur Parteivorsitzenden an der Seite von Lars Klingbeil gewählt.



VERENA HUBERTZ

Autor: Kai Doering

Die Schnellstarterin

Im Jahr 2019 war Verena Hubertz schon mal „Newcomerin des Jahres“, sogar ganz offiziell. Der Branchenmediendienst „kress“ zeichnet mit dem Titel jedes Jahr Führungskräfte aus Medien und Management aus. Hubertz erhielt die Auszeichnung gemeinsam mit ihrer Geschäftspartnerin Mengting Gao. Sechs Jahre zuvor hatten sie gemeinsam das Start-up „Kitchen Stories“ (Küchen-Geschichten)

gegründet, eine Plattform, die weltweit mehreren Millionen Nutzern beim Kochen hilft.

Nun ist sie wieder Newcomerin – als Bundesministerin im Kabinett von Friedrich Merz. Die Sozialdemokratin hat von Klara Geywitz die Zuständigkeit für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen übernommen.

Es ist der nächste Karrieresprung für die Triererin, die Betriebswirtschaftslehre studiert hat und unter anderem wegen des Einsatzes für den Mindestlohn in die SPD eintrat. Nachdem sie 2021 erstmals in den Bundestag gewählt worden war, wurde sie direkt stellvertretende Fraktionsvorsitzende – eine Überraschung für viele. „In einem Start-up muss man Menschen von einer Idee begeistern. Das ist in der Politik auch so“, hatte Hubertz gegenüber dem „vorwärts“ im Wahlkampf gesagt.

Im Bundestag machte sich Verena Hubertz schnell einen Namen als versierte Verhandlerin. So war sie auf Seiten der SPD maßgeblich am Kompromiss für die Reform des Gebäudeenergiegesetzes beteiligt, das als „Heizungsgesetz“ in die Geschichte der Ampel-Regierung einging. „Wir werden uns im Parlament dafür einsetzen, dass der Einstieg in klimaschonendes Heizen für Bürgerinnen und Bürger bestmöglich sozial abgedeckt wird“, versprach Hubertz damals.

Mit dem Thema wird sie es nun künftig in der Bundesregierung wieder zu tun haben. Die Koalition aus CDU/CSU und SPD hat sich vorgenommen, das Gebäudeenergiegesetz erneut zu reformieren. Daneben wird der Neubau von Wohnungen natürlich ganz oben auf der Agenda von Hubertz stehen, die mit 37 Jahren eine der jüngsten Ministerinnen in der Geschichte der Bundesrepublik ist.


JOCHEN OTT

Autorin: Christina Satzvey

NRW muss funktionieren

Jochen Ott ist seit Mai 2023 Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag NRW. Der im Jahr 1974 in Köln geborene Politiker gehört dem Landtag seit dem Jahr 2010 an.

Vor seinem Einzug in das Parlament unterrichtete der Vater von drei Töchtern an der Gesamtschule in Brühl Geschichte, Sozialwissenschaften und Katholische Religion. Den Traumberuf an der Schule lässt er seitdem ruhen. Das Thema Bildung beschäftigt ihn aber auch auf politischem Parkett. Im Landtag war Jochen Ott vor seiner Wahl zum Vorsitzenden bereits als stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion für das #TeamChancengleichheit zuständig. Dieser Bereich umfasst die Themen Schule, Wissenschaft und Familie.

Ott, seit 1992 Mitglied der SPD, begann seine politische Laufbahn auf kommunaler Ebene, wo er sich früh als langjähriger Vorsitzender der KölnSPD und Mitglied des Rates der Stadt Köln für lokale Belange einsetzte. Seine Erfahrung in der Kommunalpolitik hat ihm ein tiefes Verständnis für die Herausforderungen vor Ort vermittelt und ihn motiviert, auf Landesebene aktiv zu werden. Im Laufe der Jahre hat er sich neben der Bildungspolitik vor allem für soziale Integration und nachhaltige Stadtentwicklung engagiert. Dabei legt er großen Wert auf eine offene und dialogorientierte Politik, die die Bedürfnisse und Alltagsprobleme der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Horrende Mieten, eine für immer mehr Menschen in NRW immer schlechter zu erreichende Gesundheitsversorgung und schlechte Anbindungen an den öffentlichen Nahverkehr machen Vielen in NRW das Leben schwer.

Daher: NRW muss funktionieren. Auch und gerade vor Ort, im direkten Lebensumfeld.


FRANK MEYER

Autorin: Alexandra Hanf

Einsatz für Krefeld

In der kommunalen Familie ist Krefelds Oberbürgermeister Frank Meyer zur wichtigen Stimme geworden. Seit 2022 ist er Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen und stellvertretender Bundesvorsitzender sowie Sprecher der SPD-Gruppe im Vorstand des Städtetags NRW. Bei den Koalitionsgesprächen zur Bildung der neuen

Bundesregierung wurde er im März 2025 als kommunaler Vertreter in die Arbeitsgruppe Haushalt, Finanzen und Steuern berufen. Immer wieder äußert er sich auf bundespolitischer Ebene zur Finanzausstattung der Kommunen oder zu Themen wie Migration, Ordnungs- und Sozialpolitik.

Frank Meyer wurde 1974 in Krefeld geboren. Meyers Großmutter war mit ihrer Tochter aus dem schlesischen Breslau nach Krefeld geflohen, sie fand eine Anstellung als Sekretärin bei den Bayer-Werken in Uerdingen. Sein Großvater väterlicherseits war ein Krefelder Samtweber aus dem Nordbezirk. In seiner Kindheit wohnten Frank Meyer und seine Eltern in Uerdingen. Sein Vater engagierte sich in der Gewerkschaft.

Im Rahmen des Geschichtsunterrichts in der Jahrgangsstufe 11 beschäftigte sich Meyer mit der Reichstagsrede des SPD-Vorsitzenden Otto Wels im März 1933 gegen das nationalsozialistische Ermächtigungsgesetz. Der Mut des Sozialdemokraten beeindruckte ihn und bewog ihn letztlich im Jahr 1992 zum Beitritt in die SPD. Seit 1999 ist er Ratsmitglied in Krefeld. Meyer war ab 2009 Erster Bürgermeister, leitete die SPD Krefeld ab 2012 als Vorsitzender und wurde 2015 zum Oberbürgermeister gewählt. 2020 errang er erneut in der Stichwahl mit 62,4 Prozent eine Mehrheit der Wählerstimmen.

Sein erlernter Beruf ist Diplom-Verwaltungswirt. Nach einem Studium an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung war er zunächst Beamter im Landesamt für Besoldung und Versorgung. Seine dortige Stelle gab er aus freien Stücken auf, um in Düsseldorf und Duisburg zu studieren. Bei Professor Karl-Rudolf Korte schloss er sein Studium an der NRW School of Governance der Universität Duisburg-Essen als Master of Arts in Politikmanagement und Verwaltung ab.

Bund und Land müssen Verantwortung für Städte, Gemeinden und Kreise übernehmen!

Die 20. Auflage des DEMO-Kommunalkongresses findet als Gemeinschaftsproduktion vom Berliner vorwärts Verlag und der SGK Nordrhein-Westfalen in Duisburg statt. Grund genug, mit dem Landesvorsitzenden Frank Meyer, gleichzeitig Oberbürgermeister der Stadt Krefeld, über die Lage der Kommunen insgesamt, über Wünsche und Erwartungen und Perspektiven für die Zukunft zu sprechen.

Interview: Maik Luhmann



Wir werden in den vor uns liegenden Jahren um jeden Arbeitsplatz kämpfen müssen.

FRANK MEYER

Vorsitzender der SGK NRW und Oberbürgermeister der Stadt Krefeld

Der DEMO-Kommunalkongress in Nordrhein-Westfalen – warum passt das zusammen?

Frank Meyer: Aus meiner Sicht ist es eine hervorragende Idee, das kommunale Familientreffen des Berliner vorwärts Verlags bzw. der DEMO im Vorlauf der Kommunalwahl am 14. September 2025 in Nordrhein-Westfalen stattfinden zu lassen. Es bietet den ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und -politikern die Möglichkeit, kurz vor den Sommerferien noch einmal zusammenzukommen, neue Impulse aufzunehmen und dann gestärkt und motiviert in die heiße Phase des Kommunalwahlkampfes zu starten.

Mit Bärbel Bas und Verena Hubertz konnten gleich zwei wichtige Ministerinnen aus der neuen Bundesregierung als Rednerinnen gewonnen werden...

Frank Meyer: ... und dass beide zugesagt haben, macht mich sehr stolz! Bärbel Bas ist ja nicht nur Ministerin, sondern seit wenigen Tagen unsere Co-Parteivorsitzende. Und in der Tat, inhaltlich bilden Bärbel Bas und Verena Hubertz Schlüsselressorts für die kommunale Ebene ab. Daneben kommt wahrscheinlich nur dem Bundesfinanzminister ein vergleichbares Gewicht zu.

Warum gerade diese beiden Ministerien?

Frank Meyer: Ich fange mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales an. Einen wichtigen Punkt hat Bärbel Bas selbst vor ungefähr 14 Tagen gesetzt, als sie deutlich gemacht hat, dass sie gegen den organisierten Missbrauch von Sozialleistungen vorgehen wird. In einem Interview hat sie von „mafiosen Strukturen“ gesprochen, „die wir zerschlagen müssen.“ Dieser Ansatz wird von der

kommunalen Ebene mit allem Nachdruck unterstützt. Denn diese Fälle spielen sich ja vor Ort, in den Städten und Gemeinden, ab. Es ist richtig, genau hinzuschauen. Und auch bei der Reform des so genannten Bürgergeldes ist es notwendig, dass Bärbel Bas aufs Tempo drückt. Es braucht klare und nachvollziehbare Regeln. Ich denke da auch an die vielen Kolleginnen und Kollegen, die diese Gesetze vor Ort, zum Beispiel in den Jobcentern, umsetzen müssen.

Daneben ist immer wieder die Rede von der Reform des Sozialstaates. Wie sehen kommunale Erwartungen in diesem Bereich aus?

Frank Meyer: Ich sehe aktuell zwei große Herausforderungen: Wir werden in den vor uns liegenden Jahren um jeden Arbeitsplatz kämpfen müssen –

über alle staatlichen Ebenen hinweg. Ich habe das Gefühl, diese Erkenntnis ist noch nicht bei allen angekommen. In diesem Zusammenhang frage ich mich, warum die NRW-Landesregierung derzeit keinen Finger zu rühren scheint, um Arbeitsplätze – gerade auch am Stahlstandort Duisburg – zu sichern. In diesen Kontext gehört, dass wir uns auch die Sozialpartnerschaft genau ansehen und gemeinsam mit den Akteuren überlegen, was verbessert werden kann. Auch solche Impulse kommen den lokalen Arbeitsmärkten zugute. Das zweite Thema ist der Umbau des Sozialstaates – er ist in seiner aktuellen Verfassung zu kompliziert, zu intransparent und zu wenig auf das Wesentliche konzentriert. Der Koalitionsvertrag macht deutlich, dass wir den Sozialstaat so umbauen müssen, dass die Kosten beherrschbar bleiben, wir aber nicht sozialen Kahlschlag durchführen. Für beide Aufgaben hat Bärbel Bas in meinen Augen den richtigen Kompass.

Und mit Verena Hubertz kommt die Ministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen. Welche Impulse werden von ihr erwartet? War es richtig, dass die SPD beim Bauministerium wieder zugeschlagen hat, obwohl das Thema Wohnungsbau zuletzt kein echtes Gewinnerthema war?

Frank Meyer: Ich beginne mit dem letzten Punkt: Ja, es ist inhaltlich und strategisch richtig, dass die SPD dieses wichtige Ressort führt. Vergessen wir bitte nicht, dass das Thema Wohnen in den vergangenen Jahren unter „ferner liefen“ verbucht wurde, bis Olaf Scholz die Kompetenzen wieder in einem eigenen Ministerium zusammengefasst hat. Dass dieses Ministerium in der neuen Bundesregierung noch einmal mehr Aufgaben erhalten hat, stößt auf die ungeteilte Unterstützung der kommunalen Familie. Wir wissen, wo überall vor Ort der Schuh drückt und warum unsere Bauregeln dringend vereinfacht werden müssen.

Gibt es dafür konkrete Beispiele?

Frank Meyer: Selbstverständlich, Verena Hubertz hat als Ministerin bereits geliefert. Mit dem so genannten „Bauturbo“, soll das Kunststück gelingen, mehr Wohnraum bei weniger Bürokratie zu schaffen. Genau das ist notwendig. 2024 wurden so wenig Wohnungen fertig gestellt wie zuletzt 2015 – das ist ein Minus von 14 Prozent. Genehmigungsverfahren dauern in vielen Fällen zu lange. Und aus diesem Grund finde ich es auch richtig, vor allem in angespannten Marktsituationen vom bisherigen Planungsrecht abweichen zu können. Dafür hat man die Experimentierklausel des § 246e BauGB geschaffen, mit der vom bestehenden Baurecht abgewichen werden kann, wenn die Stadt oder Gemeinde dem zustimmt. Trotzdem kommt auf alle Beteiligten eine Aufgabe zu, wenn es darum geht, dieses Konstrukt mit Leben zu füllen

und den Nachweis zu erbringen, dass das Ziel der Beschleunigung damit erreicht werden kann.

Das hört sich jetzt aber mehr nach Justizressort denn nach Bauen an, oder?

Frank Meyer: Wir müssen ja analysieren, woran es konkret hakt, dass wir beim Wohnungsbau nicht so vorankommen, wie wir es müssten. Da war sehr schnell klar: Es müssen auch bestimmte Regeln geändert werden. Aus meiner Sicht sollten wir das Thema Stadtentwicklung nicht unterschätzen, das auch im Ressort von Verena Hubertz angesiedelt ist. Unsere Städte und Gemeinden befinden sich seit einigen Jahren in einem tiefgreifenden Wandel. Das betrifft, das hat jede und jeder vor Augen, vor allem unsere Innenstädte. Klassischerweise reagieren wir „nur“ auf derartige Entwicklungen. Wir gestalten sie nicht. Das muss sich mindestens ebenso dringend ändern! Stadtentwicklung ist der umfassende Ansatz der Stadtgestaltung. Hierzu gehört auch die Aufgabe, mit stadtplanerischen Mitteln den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern und auszubauen. Diese Dimension müssen wir miteinander bespielen. Auch hier erwarte ich Impulse von der Ministerin.

In den vergangenen Wochen hat die Bundesregierung vor allem mit dem so genannten Investitions-Booster, dem Entlastungspaket für Unternehmen, Schlagzeilen geschrieben. Braucht es ein solches Signal nicht eher für die kommunale Ebene?

Frank Meyer: Es gibt ja nicht immer nur schwarz und weiß. Zunächst möchte ich feststellen: Ja, es ist richtig, dass die neue Bundesregierung und ihr Finanzminister Lars Klingbeil schnell Erleichterungen für die Wirtschaft auf den Weg bringen. Diese Entlastungen für Unternehmen bedeuten allerdings auf der anderen Seite konkrete Einnahmeausfälle bei Ländern und vor allem Kommunen. Darüber muss man sprechen, weil die kommunale Handlungsfähigkeit aktuell akut gefährdet ist. Das kommunale Defizit im Jahr 2024 betrug 25 Milliarden Euro bundesweit und auch für 2025 rechnen wir nicht mit einer Verbesserung. Deswegen erwarte ich, dass wir uns gemeinschaftlich darüber verständigen, wie derartige Einnahmeausfälle auf anderen Wegen kompensiert werden können. „Den Letzten beißen die Hunde“ darf hierbei nicht Realität werden. Übrigens hätten dann auch die Unternehmen nichts mehr davon. Wenn die Kommunen immer stärker ihrer Handlungsfähigkeit beraubt werden, dann sorgt am Ende auch niemand mehr für den Neubau und Erhalt von Infrastruktur.

Wie könnte das konkret aussehen?

Frank Meyer: In den Koalitionsverhandlungen habe ich selbst in der Verhandlungsgruppe Haushalt, Finanzen und Steuern dafür gekämpft, dass

die kommunale Ebene auch wirksam entlastet wird. Ein wichtiger Erfolg ist beispielsweise die so genannte Veranlassungskonnexität, also das Prinzip, wer die Aufgabe bestellt, muss auch vollständig für ihre Finanzierung aufkommen. Nach dieser Maßgabe müssen wir dann gemeinsam und ebenenübergreifend nach einer Lösung suchen, die für alle Seiten passt. Das muss in meinen Augen zukünftig schneller und unkomplizierter passieren. Und die Kommunen dürfen nicht jedes Mal an den „Katzentisch“ abgeschoben werden.

Profitieren die Städte, Gemeinden und Kreise nicht von dem Infrastrukturpaket in einer Größenordnung von 100 Milliarden Euro – gemeinsam mit den Ländern?

Frank Meyer: Eins möchte ich hier klarstellen: Auch abseits der 100 Milliarden Euro, die im Gesetzesentwurf ausdrücklich für Kommunen und Länder vorgesehen sind, werden massiv Mittel in die Städte, Gemeinden und Kreise fließen! Selbst die 100 Milliarden Euro, die für den Klimatransformationsfonds vorgesehen sind, werden zu guten Teilen vor Ort investiert. Und ja, ich erwarte massive und vor allem einfach umzusetzende Investitionen in unsere örtliche Infrastruktur. Schulen, Bäder, Theater und Straßen müssen in Ordnung gebracht werden. Wir müssen vor Ort die Wärmewende erfolgreich bewältigen und unsere Städte und Gemeinden klimaresilienter machen. Für Nordrhein-Westfalen erwarte ich für die kommenden fünf Jahre eine Größenordnung von rund 40 Milliarden Euro, die in die Stärkung der kommunalen Infrastruktur fließen!

Bis zum September sind es noch wenige Wochen. Abschließend interessiert uns, was erwartet die SGK NRW von der Kommunalwahl 2025?

Frank Meyer: Das wird eine spannende und vielerorts nicht ganz einfache Wahlauseinandersetzung. Die Anzahl politischer Akteure in Räten oder Kreistagen wird weiter ansteigen. Ich halte diese Zersplitterung von Entscheidungsgremien nicht für eine gute Entwicklung und befürchte, dass das die kommunale Demokratie nicht stärkt. Vor allem wünsche ich mir aber, dass die vielen ehrenamtlichen Politikerinnen und Politiker in den Städten, Gemeinden und Kreisen – denn das ist die große Mehrheit derer, die kandidieren – in dieser Aufgabe Erfüllung und Selbstwirksamkeit finden. Dass sie die Überzeugung gewinnen, lokal ihre Heimat mitgestalten zu können und sie Spaß an dieser wichtigen Aufgabe haben. Als Politik vor Ort sind wir insgesamt gefragt, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen und ihre Zuversicht zu stärken. Daran möchte ich gerne mitwirken. Dementsprechend gehe ich mit großer Lust und einer gehörigen Portion Optimismus in die Schlussphase des Kommunalwahlkampfes!



PODCAST

Im Podcast spricht Dr. Arnt Baer, Ansprechpartner für Politik bei Gelsenwasser, mit seinen Gästen über alles rund um Energie, Umwelt- und Klimapolitik. Zu Gast waren unter anderem NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur, die Astronautin Dr. Insa Thiele-Eich und Ingbert Liebing, der Hauptgeschäftsführer beim Verband kommunaler Unternehmen.

Den Podcast der
GELSENWASSER AG
finden Sie auf
Spotify, Apple Podcasts,
Google Podcasts,
Amazon Music/Audible
und Deezer.

GLAS KLAR



GELSENWASSER

Sondervermögen ist nur der erste Schritt

Die neue Bundesregierung will die Infrastruktur auf Vordermann bringen. Dafür braucht es auch die Kommunen.

Autor: Carl-Friedrich Höck



Schluss mit Schlaglöchern: In die Infrastruktur soll wieder mehr investiert werden.

Eine Liebesheirat war das Regierungsbündnis aus CDU, CSU und SPD im Bund nicht. Möglich wurde die Koalition, weil CDU-Chef Friedrich Merz von seiner Wahlkampfrhetorik abgerückt ist und der Idee eines Sondervermögens zugestimmt hat. 500 Milliarden Euro stark soll es sein und für Infrastruktur und Klimaneutralität eingesetzt werden, heißt es im Koalitionsvertrag. Deutschland brauche „einen Booster bei der Infrastruktur“. Das betreffe Krankenhäuser und Schulen ebenso wie Brücken und Schienen.

In vielen Rathäusern dürfte das Hoffnungen geweckt haben. Schließlich schieben die Kommunen einen gewaltigen Investitionsstau vor sich her. 186 Milliarden Euro betrug er nach Angaben der Kämmergeien im Jahr 2023, wie das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im Rahmen seines jährlichen „KfW-Kommunalpanels“ ermittelt hat. Besonders groß ist der Investitionsrückstand bei den Schulen (55 Milliarden Euro) und Straßen (48 Milliarden). Aber auch viele Verwaltungsgebäude, Sportanlagen und Kitas sind marode. Aus eigener Kraft können die Städte, Gemeinden und Landkreise die notwendigen Ausgaben immer weniger stemmen. Im Jahr 2024 verzeichneten sie

ein Defizit von mehr als 24 Milliarden Euro, verursacht unter anderem durch wachsende Ausgaben für Sozialleistungen und maue Steuereinnahmen.

„Ich möchte das Bundesfinanzministerium zu einem Investitionsministerium machen“, hat der neue Ressortchef Lars Klingbeil (SPD) in seiner ersten Regierungserklärung am 15. Mai. versprochen. „Wir investieren in Kitas, in Schulen, in Schiene, in Straße, in schnelles Internet, in Klimaschutz, in zusätzlichen Wohnraum“, kündigte er an.

Vieles davon fällt eigentlich in den Aufgabenbereich der Kommunen. Für diese ist jedoch nur ein Teil des Sondervermögens vorgesehen. 100 Milliarden aus dem Topf sollen an die Länder und Gemeinden fließen. Das sei „schon eine große Nummer“, sagte Burkhard Jung, der Präsident des Deutschen Städtetages. Zugleich forderte er: „Städte und Gemeinden sind der Investitionsmotor im Land. Und deshalb halten wir es auch für richtig, dass der Großteil dieser 100 Milliarden an die Kommunen weitergereicht wird und nicht bei den Ländern kleben bleibt.“ Mindestens zwei Drittel der Summe müssten an die Kommunen überwiesen werden.

Das angekündigte Sondervermögen führt also zu Verteilungskämpfen, wirft aber auch praktische Fragen auf: Wie kann das Geld möglichst effizient eingesetzt werden? Finanzminister Klingbeil hat im Bundestag erklärt, er wolle „eng kontrollieren“, wie die Investitionen wirken. Es müsse aber auch „schneller, zielgerichtet und unbürokratisch“ investiert werden. Beide Ziele zusammenzudenken wird eine Herausforderung. Burkhard Jung richtete vorsorglich einen Wunsch an die Bundespolitik: „bitte keine komplizierten Förderprogramme, sondern am besten feste Budgets für die Städte mit großen Entscheidungsspielräumen vor Ort“.

Klar ist, dass Geld allein die marode Infrastruktur noch nicht instand setzt. Die Mittel aus dem Sondervermögen müssen effektiv verbaut werden, zum Beispiel im Verkehrssektor. „Damit wir hier endlich schneller vorankommen, werden wir mutiger bei der Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren“, hat der neue Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder (CDU) im Bundestag versprochen. Die Regierung wolle Verfahren konsequent digitalisieren und flexibler gestalten, Doppelprüfungen abbauen, Fristen verkürzen und das Verbandsklagerecht straffen. Ähnlich äußerte sich SPD-Fraktionsvize Armand Zorn und befürwortete „eine klare Priorität auf Sanierung statt Neubau“.

Auch in finanzieller Hinsicht ist die Einrichtung des Sondervermögens nur der erste Schritt. Die Regierungskoalition plant eine Reform der Schuldenbremse, um dauerhaft zusätzliche Investitionen zu ermöglichen. Der Koalitionsvertrag verspricht zudem einen „Zukunftspakt von Bund, Ländern und Kommunen“: Schwarz-Rot will die finanzielle Handlungsfähigkeit stärken und eine umfassende Aufgaben- und Kostenkritik vornehmen. Dies lässt hoffen, dass Kommunen künftig auch aus eigener Kraft wieder verstärkt in Infrastruktur investieren können.

DEMO-KOMMUNALKONGRESS – TAG 1

12:30	Einlass, Besuch der Fachaussstellung, Netzwerken	Foyer
13:00	Eröffnung durch Moderatorin Begrüßung – Karin Nink, Chefredakteurin DEMO und Maik Luhmann, Landesgeschäftsführer SGK NRW Grußwort – Edeltraud Klabuhn, Bürgermeisterin und erste Stellvertreterin des Oberbürgermeisters der Stadt Duisburg	Rudolf-Schock-Saal
13:30 – 14:15	REDE mit anschließender Fragerunde  Rede Jochen Ott Vorsitzender SPD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen	Rudolf-Schock-Saal
14:15 – 15:15	PODIUMSDISKUSSION Worauf kommt es bei den Kommunalwahlen 2025 an? U.a. mit Freddy Cordes, Generalsekretär NRWSPD · Andrea Henze, Stadträtin und OB-Kandidatin in Gelsenkirchen · Dr. Sabrina Proschmann, Co-Vorsitzende SPD-Fraktion Düsseldorf · Erik Flügge, Politikberater	Rudolf-Schock-Saal
15:15 – 15:45	SPEEDDATING mit den Partnern des DEMO-Kommunalkongresses	Rudolf-Schock-Saal
15:45 – 16:00	Kaffeepause und Besuch der Fachaussstellung	Foyer
16:00 – 17:15	PARALLELE FACHGESPRÄCHE UND WORKSHOPS FACHGESPRÄCH 1 Sondervermögen Infrastruktur Bund/Länder/Kommunen: Wir bauen Deutschland auf mit Kerstin Hurek, Leiterin Verkehrspolitik ACE · Isabel Cademartori, Sprecherin AG Verkehr der SPD-Bundestagsfraktion · Thomas Losse-Müller, Direktor Stiftung Klimaneutralität · Achim Post, Vorsitzender NRWSPD FACHGESPRÄCH 2 Wohnen und Mieten mit Hendrik Bollmann, Sprecher AG Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen der SPD-Bundestagsfraktion · Sarah Philipp, Vorsitzende NRWSPD und Landtagsabgeordnete · Dipl.-Ing. Walter Eilert, Vorstandsvorsitzender Haus & Grund Bottrop · Oliver Zier, Geschäftsführer GWG WAHLKAMPF-WORKSHOP KOMMUNALWAHLEN Der Wahlkampf-Workshop wird von Thomas Mühlnickel, Geschäftsführer ASK Agentur für Sales und Kommunikation, durchgeführt.	Tagungsraum 6 Zoo Duisburg Tagungsraum 5 Tiger & Turtle Tagungsraum 2 Innenhafen Duisburg
17:15 – 17:45	Pause und Besuch der Fachaussstellung	Foyer
17:45 – 18:30	REDE mit anschließender Fragerunde  Verena Hubertz Bundesministerin für Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung	Rudolf-Schock-Saal
18:45	KOMMUNALER ABEND mit Preisverleihung DEMO-Kommunalfüchse 2025 (ab ca. 19:15 Uhr Abendessen)	Foyer/Kleine Bühne

DEMO-KOMMUNALKONGRESS – TAG 2

08:30 Einlass, Besuch der Fachaussstellung und Zeit zum Netzwerken

📍 Foyer

09:00 **Begrüßung durch Moderatorin**

📍 Rudolf-Schock-Saal

Einführung in den Tag09:15 – 10:00 **PARALLELE WORKSHOPS****WORKSHOP 1**

📍 Tagungsraum 6 Zoo Duisburg

KI in Kommunenmit: **Dr. Simon Bujanowski**, Politikwissenschaftler und KI-Berater**WORKSHOP 2**

📍 Tagungsraum 5 Tiger & Turtle

Kandidieren und gewinnenmit: **Klaus Tovar**, Leiter der SPD-Parteischule10:00 – 10:45 **REDE** mit anschließender Fragerunde

📍 Rudolf-Schock-Saal



Bärbel Bas
Bundesministerin für Arbeit und Soziales

10:45 – 11:15 Kaffeepause und Besuch der Fachaussstellung

📍 Foyer

11:15 – 12:30 **PARALLELE FACHGESPRÄCHE UND WORKSHOPS****FACHGESPRÄCH 3**

📍 Tagungsraum 6 Zoo Duisburg

Bildung und Familiemit: **Marc Groß**, Vertreter des Vorstands KGSt · **Markus Schön**, Stadtdirektor Krefeld · **Ulf Daude**, Bundesvorsitzender Arbeitsgemeinschaft für Bildung der SPD · **Anni Bauschmann**, Referentin für Bildungspolitik bei der Friedrich-Ebert-Stiftung**FACHGESPRÄCH 4**

📍 Tagungsraum 5 Tiger & Turtle

Arbeit und Wirtschaftmit: **Kerstin Griese**, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales · **Prof. Dr. Rasmus C. Beck**, Geschäftsführer Duisburg Business & Innovation · **Dr. Kai Roger Lobo**, Stv. Hauptgeschäftsführer VKU · **Dr. Sabrina Proschmann**, Co-Vorsitzende SPD-Fraktion Düsseldorf**FACHGESPRÄCH 5**

📍 Tagungsraum 2 Innenhafen Duisburg

Nachhaltigkeit und UmweltschutzU.a. mit: **Prof. Dr. Uli Paetzel**, Vorsitzender Emschergerossenschaft Lippeverband · **Dipl.-Ing. Andreas Mucke**, Geschäftsführer Circular Valley · **André Stinka**, SPD-Landtagsfraktion NRW · **Benjamin Wühl** (Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen e.V.)13:00 – 13:45 **REDE** mit anschließender Fragerunde

📍 Rudolf-Schock-Saal



Frank Meyer
Landeshauptmann SGK NRW und
Oberbürgermeister der Stadt Krefeld

13:45 – 14:00 **Schlusswort** – **Karin Nink**, Chefredakteurin DEMO und **Maik Luhmann**, Landesgeschäftsführer SGK NRW

📍 Rudolf-Schock-Saal

14:00 Ende des Hauptprogramms, kleines Get-together mit Ausstellern „Cocktails und Currywurst“

📍 Foyer

Hubertz will Schwung in Wohnungsmarkt bringen

Wie die Ministerin die Baukrise zu überwinden hofft

Autor: Carl-Friedrich Höck



Die Bagger müssen wieder rollen, meint Bauministerin Hubertz.

Lediglich 251.900 Wohnungen wurden im Jahr 2024 fertiggestellt, hat das Statistische Bundesamt jüngst gemeldet. Also deutlich weniger als die 400.000, welche die Ampel-Koalition vor vier Jahren als Ziel ausgerufen hatte. Doch der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, hohe Zinsen, Lieferschwierigkeiten und eine schwächelnde Wirtschaft bremsen den Wohnungsbau. Heute dauert

es im Durchschnitt sechs Monate länger als im Jahr 2020, bis ein genehmigtes Haus tatsächlich gebaut ist. Der sogenannte Bauüberhang ist weiterhin groß, also die Zahl der genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen. Zum Jahresende 2024 lag sie bei 759.700.

„Ich möchte, dass der Friseur, die Busfahrerin, die junge Familie oder der alleinlebende Rentner auch die passende Wohnung finden“, kommentierte die neue Bundesbauministerin Verena Hubertz die Baufertigstellungszahlen. Dafür müssten die Bagger wieder rollen. Genehmigungsverfahren seien zu kompliziert und langwierig, Baukosten zu hoch und die Förderbedingungen zu undurchsichtig, kritisierte die SPD-Politikerin. Notwendig sei jetzt „ein Dreiklang aus Tempo, Technologie und Toleranz, um wieder Schwung in den Wohnungsmarkt zu bringen“. Die Regierung werde zügig einen Wohnungsbauturbo vorlegen, steuerliche Anreize verbessern und Neubauförderprogramme radikal vereinfachen, kündigte sie an. Die soziale Wohnraumförderung will die Ministerin auf hohem Niveau fortsetzen. „Um Baukosten zu senken, werden wir die Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen und auf serielles und modulares Bauen setzen, denn das ist die Zukunft“, so Hubertz.

WIRTSCHAFT FÖRDERN

Duisburgs Weg in die Zukunft

Wirtschaftsentwicklung als strategische kommunale Aufgabe

Autor: Prof. Dr. Rasmus C. Beck



Prof. Dr. Rasmus C. Beck, Geschäftsführer der Duisburg Business & Innovation GmbH (DBI)

Transformation beginnt lokal – dort, wo wirtschaftliche Realität auf gesellschaftliche Veränderung trifft. Dekarbonisierung, Digitalisierung und demografischer Wandel sind keine abstrakten Megatrends, sondern konkrete Handlungsfelder für Städte wie Duisburg. In meiner praktischen Arbeit als Geschäftsführer verfolge ich den Ansatz, Wirtschaftsentwicklung als strategische Führungsaufgabe zu denken – nicht als Verwaltungseinheit, sondern als agiler Treiber nachhaltiger Veränderung für eine starkes Duisburg.

Duisburg steht exemplarisch die Transformationsprozesse unserer Zeit. Als größter Stahlstandort Europas gestalten wir den Übergang in eine neue industrielle Ära aktiv mit – durch technologische Innovation, internationale Kooperationen und sektorübergreifende Netzwerke. Unsere Wirtschaftsentwicklung agiert stets als Plattform: Wir identifizieren Potenziale, entwickeln Projekte, bündeln Akteure und schaffen nachhaltige Umsetzungspfade. So verbinden wir lokale Stärken mit globalen Trends und Chancen.

Strategie heißt für mich: Zukunft progressiv denken, Netzwerke belastbar aufbauen, Wandel durch Mehrwert ermöglichen. Dazu gehört, wirtschaftliche Entwicklung mit gesellschaftlicher Teilhabe zu verknüpfen, Standortmarketing mit Fachkräftesicherung, Innovationsförderung mit Nachhaltigkeit. Nur im Zusammenspiel von Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft kann Strukturwandel gelingen.

Deshalb verstehen wir Wirtschaftsentwicklung nicht als Begleitung, sondern als kommunale Führungsfunktion. In Duisburg arbeiten wir dafür gemeinsam im #TeamDuisburg – verbindlich, verantwortungsvoll und vernetzt. Unser Ziel ist klar: nicht auf den Wandel reagieren, sondern ihn gestalten.

SEMINARPROGRAMM



BILDUNGSABGEBOTE DER SGK NRW



Foto: Mohamed Hassan - Pixabay

ONLINESEMINARE

Kommunalpolitik in der Praxis Gute Arbeit in der Fraktion	28. Okt. 17 bis 20 Uhr	Carolin Schröder public-pioneers GmbH
Digitale Öffentlichkeitsarbeit ChatGPT für die kommunalpolitische Arbeit	04. Nov. 18 bis 21 Uhr	Dr. Simon Bujanowski
Öffentlichkeitsarbeit Grundlagen der Öffentlichkeitsarbeit - Akteure, Strategien, Instrumente	10. Nov. 17 bis 20 Uhr	Michael Tobias MT Content Marketing
Kommunikation Brennen anstatt ausbrennen	13. Nov. 17 bis 20 Uhr	Lena Kamps-Engel
Digitale Öffentlichkeitsarbeit ChatGPT in der täglichen politischen Arbeit – Vertiefungsseminar	25. Nov. 18 bis 21 Uhr	Dr. Simon Bujanowski
Kommunalpolitik in der Praxis Themen umgesetzt und wie nun kommunizieren? Eine Anleitung zu mehr Sichtbarkeit der Fraktionsarbeit	02. Dez. 17 bis 20 Uhr	Carolin Schröder public-pioneers GmbH

NEU

DIE SGK-BASICS



Foto: fauvels - Pexels

UNSER ONLINE-BASISWISSEN NACH DER KOMMUNALWAHL

AB 30. OKTOBER 2025, JEDEN DONNERSTAG, 17 - 20 UHR

Die SGK-BASICS

sind das Handwerkszeug für jede Kommunalpolitikerin und jeden Kommunalpolitiker im Rat oder Kreistag. Sie starten pünktlich nach der Kommunalwahl 2025 und sind der Baukasten für eine erfolgreiche Ratsarbeit vor Ort.

Das Kommunale Mandat gibt einen Überblick über die Rechte- und Pflichten und bietet einen praxisnahen Erfahrungsaustausch – in eigenen Terminen speziell für Ausschussvorsitzende. Der kommunale Haushalt, unser **NKF-Einführungsseminar**, schafft die Grundlagen zum Lesen und Verstehen des Haushaltes. Abgeschlossen wird unsere Basisreihe durch das Grundlagenseminar **Baurecht und Bauleitplanung** für eine gute Arbeit in der Planungspolitik vor Ort.

Unsere **SGK-Basics** werden auch in 2026 fortgesetzt und können jederzeit über den SGK-Kreisverband für Fraktionen vor Ort gebucht werden.



SEMINARTERMINE

30. Okt.	Das Kommunale Mandat
06. Nov.	Das Kommunale Mandat
13. Nov.	NKF - Der kommunale Haushalt
20. Nov.	Der Ausschussvorsitz
27. Nov.	Das Kommunale Mandat
04. Dez.	Baurecht und Bauleitplanung
11. Dez.	NKF - Der kommunale Haushalt
18. Dez.	Das Kommunale Mandat

Kommunkolleg NRW

Weiterbildungsangebote für Kommunalos und die, die es noch werden wollen.



Das „Kommunkolleg NRW“ ist eine Bündelung der Seminarangebote der SGK NRW, des Willi-Eichler-Bildungswerkes, des Heinz-Kühn-Bildungswerkes, des Bildungswerkes Stenden und der Kommunalakademie der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Auf der Internetplattform www.kommunkolleg.de werden neben den Terminseminaren auch Seminarbausteine aller beteiligten Akteure angeboten.



Erfolg ist kein Zufall!

Warum Rheinfelden bewusst auf Familien setzt

Rheinfelden trägt das Siegel „familienbewusste Kommune“. Oberbürgermeister Klaus Eberhardt (SPD) erklärt, was die Stadt dafür tut

Interview: Carl-Friedrich Höck



Wir legen viel Wert auf Quartiersarbeit.

KLAUS EBERHARDT

Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Rheinfelden in Baden-Württemberg

Was macht aus Ihrer Sicht eine „familienbewusste Kommune“ aus?

Klaus Eberhardt: Sie hat eine kinderfreundliche Infrastruktur. Und der für mich wichtigste Aspekt ist, dass die Kommune ein Angebot macht, um die Bildung der Kinder zu fördern – und dabei eine Durchgängigkeit der Systeme zu schaffen.

Was meinen Sie damit?

Klaus Eberhardt: Die sozialen Strukturen sind in unseren Städten und Gemeinden disperser geworden. Das hat auch etwas mit den Flüchtlingsbewegungen zu tun. Im Zuge der Integration müssen wir unsere Bildungssysteme für geflüchtete Kinder öffnen und ihnen schnell und umfassend Angebote unterbreiten. Das ist in der frühkindlichen Bildung schwierig, weil Platz fehlt und wir nicht die Erzieherinnen haben. Trotzdem bemühen wir uns, möglichst schnell Beratungsangebote für den Erwerb von Sprachkenntnissen zu machen. Das ist für mich eine Form der Durchgängigkeit.

Was zählt noch dazu?

Klaus Eberhardt: Durchgängigkeit ist auch eine Frage der Preisstaffelung. Wir haben bei unseren

Kindergärten eine klare soziale Staffelung mit einem Preisvorteil für Geschwisterkinder. Wir staten die Einrichtungen gut aus und versuchen, dort besondere Momente zu schaffen – auch für diejenigen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Deshalb bieten wir im Sommer Ferienprogramme an, die vor allem auf Kinder ausgerichtet sind, die sonst nicht die Möglichkeit haben in den Urlaub zu fahren. Die Programme werden von einer gemeinnützigen Stiftung durchgeführt.

Rheinfelden wurde vom Verein „AG Netzwerk Familie Baden-Württemberg“ als Familienbewusste Kommune zertifiziert. Was musste die Stadt tun, das Prädikat zu erhalten?

Klaus Eberhardt: Wir haben kontinuierlich ein starkes Beratungswesen aufgebaut. Unser Amt für Familie, Jugend und Senioren nennen wir deshalb auch „Soziales Kompetenzzentrum“. Zweitens legen wir viel Wert auf Quartiersarbeit. Das heißt, wir haben einzelne Stadtquartiere identifiziert, in denen vermehrt sozial benachteiligte Menschen leben. In einem dieser Quartiere gibt es zum Beispiel den Treffpunkt „Pfiffikus“, das ist ein Gemeinschaftszentrum mit Sport- und Spielplatz-

angeboten für Kinder. Vor einigen Jahren haben wir ein großes Kinder- und Jugendhaus gebaut, das Tutti Kiesi. Dort kann man organisiert seine Freizeit gestalten, Hobbys nachgehen und Sport ausüben.

Familien bestehen nicht nur aus Kindern. Was tut die Stadt für ältere Angehörige?

Klaus Eberhardt: Wir sind nicht nur „familienbewusste Kommune“, sondern auch „engagierte Stadt“. Das bedeutet, wir unterstützen bürgerschaftliches Engagement und den Aufbau von Netzwerken. Die Kommune fördert also Nachbarschaftshilfe, und das kommt Familien zugute. Wir haben verschiedene Modelle der häuslichen Beratung für Senioren eingeführt. Da gibt es ein Projekt „Präventiv“. Das kümmert sich um ältere Menschen, die noch zu Hause leben, weil eine betreute Einrichtung ihnen zu teuer ist oder sie das aus sozialen Gründen nicht wünschen. Das Projekt organisiert Hilfsangebote: Einkaufshilfen, Beratungshilfen, Begleitung bei Arztbesuchen und dergleichen mehr. Die Kommune ist auch sehr stark in die Tafelbetreuung eingetreten. Wir haben also unserer Tafel Lokalitäten zur Verfü-

gung gestellt, die auch am sozialen Kompetenz-zentrum liegen. Das senkt die Hemmschwelle für Tafelkunden, auch zum Amt zu gehen und unsere Beratungsangebote in Anspruch zu nehmen.

Außerdem gibt es in Rheinfelden spezielle Angebote für Mütter, zum Beispiel Fortbildungskurse zur Digitalisierung. Wir haben den Bürgertreffpunkt Gambrinus, wo ein lokales Bündnis Mittagessen für alle kocht, Frauen gemeinsam frühstücken und Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte sich austauschen können. Das alles funktioniert nur, weil die Stadt ein großes Netzwerk an ehrenamtlichen Unterstützerinnen und Unterstützern hat. Als Dankeschön organisieren wir alle paar Jahre ein großes Fest. Die Ehrenamtlichen helfen auch bei der Kinderbetreuung.

Inwiefern?

Klaus Eberhardt: Wir haben ein Modell etabliert, das eine Ganztagsbetreuung in den Kindergärten ermöglicht. Gleichzeitig wollen wir die Zahl der Angebotsplätze hochhalten. Das können wir aufgrund unbesetzter Stellen nicht alles mit Erzieherinnen und Erziehern besetzen. In Baden-Würt-

temberg gibt es eine Experimentierklausel. Sie ermöglicht uns „Verlängerte Öffnungszeiten plus“, indem wir über geschulte Personen zusätzliche Betreuer in die Gruppen bringen. So können wir die Nachmittagsangebote aufrechterhalten. Das ist wichtig in einer Stadt, deren Sozialgefüge schwach aufgestellt ist, während das Preisniveau wegen der Nachbarschaft zur Schweiz eher hoch ist. Viele Familien sind finanziell darauf angewiesen, dass beide Eltern arbeiten gehen. Deswegen haben wir Betreuungszeiten von bis zu zehn Stunden am Tag, also von morgens 7 Uhr bis nachmittags 17 Uhr.

Als Oberbürgermeister müssen Sie eine Richtung für die Zukunft vorgeben. Wo sehen Sie in Rheinfelden noch weiteren Handlungsbedarf, was Familien betrifft?

Klaus Eberhardt: Wir wollen wieder ein Jugendparlament gründen. Wir hatten mal einen sogenannten Achter-Rat. Da kamen alle acht Klassen aus der Schullandschaft zusammen und haben in Workshops Vorschläge erarbeitet, die auch teilweise umgesetzt worden sind. Wir wollen das aber wieder institutionalisieren, damit Politik hier

nicht nur von den üblichen Verdächtigen gemacht wird, sondern auch Kinder und Jugendliche wieder ein Sprachrohr für ihre Interessen haben.

Ein ehemaliger Bundeskanzler hat Familienpolitik mal als „Gedöns bezeichnet. Warum ist das mehr als nur ein Wohlfühlthema und wie profitiert die Kommune von Ihrem familienbewussten Ansatz?

Klaus Eberhardt: Erstens hat sich das Image der Stadt dadurch verändert. Das war nicht immer gut, wir hatten hier früher eine hohe Dioxinbelastung. Diesem Makel in der öffentlichen Wahrnehmung können wir mit der Familienfreundlichkeit einen Kontrapunkt entgegensetzen. Zweitens kommen etwa 2.000 Menschen pro Jahr neu in unsere Stadt, zum Teil auch Flüchtlinge aus der Ukraine und anderen Ländern. Da sind viele Familien dabei. Die beste Integration gelingt über die Kinder, deshalb müssen wir da Zeichen setzen und aktiv sein. Und drittens haben wir Herausforderungen am Arbeitsmarkt, das Personal ist in vielen Branchen knapp. Wenn wir den Familien den Alltag einfacher machen mit guter Bildung und Kinderbetreuung, hilft das auch unserer Wirtschaft.

ANZEIGE

Öffentlichkeitsarbeit in der Kommunalpolitik *E-Learning-Kurs*

Mehr Infos zu diesem und weiteren E-Learning-Kursen für Kommunalpolitiker*innen findest du hier:

➤ www.fes.de/kommunalakademie/digital

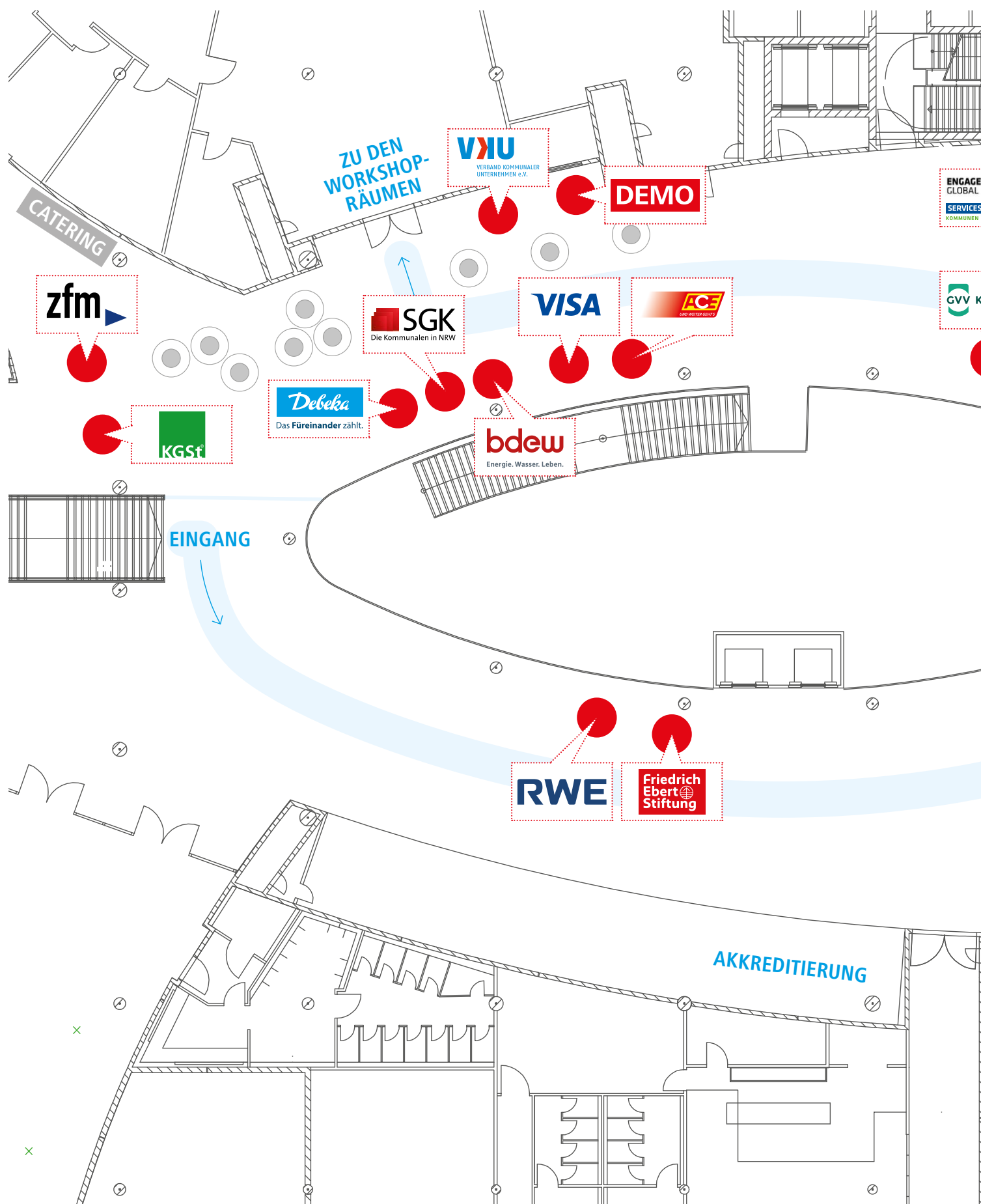


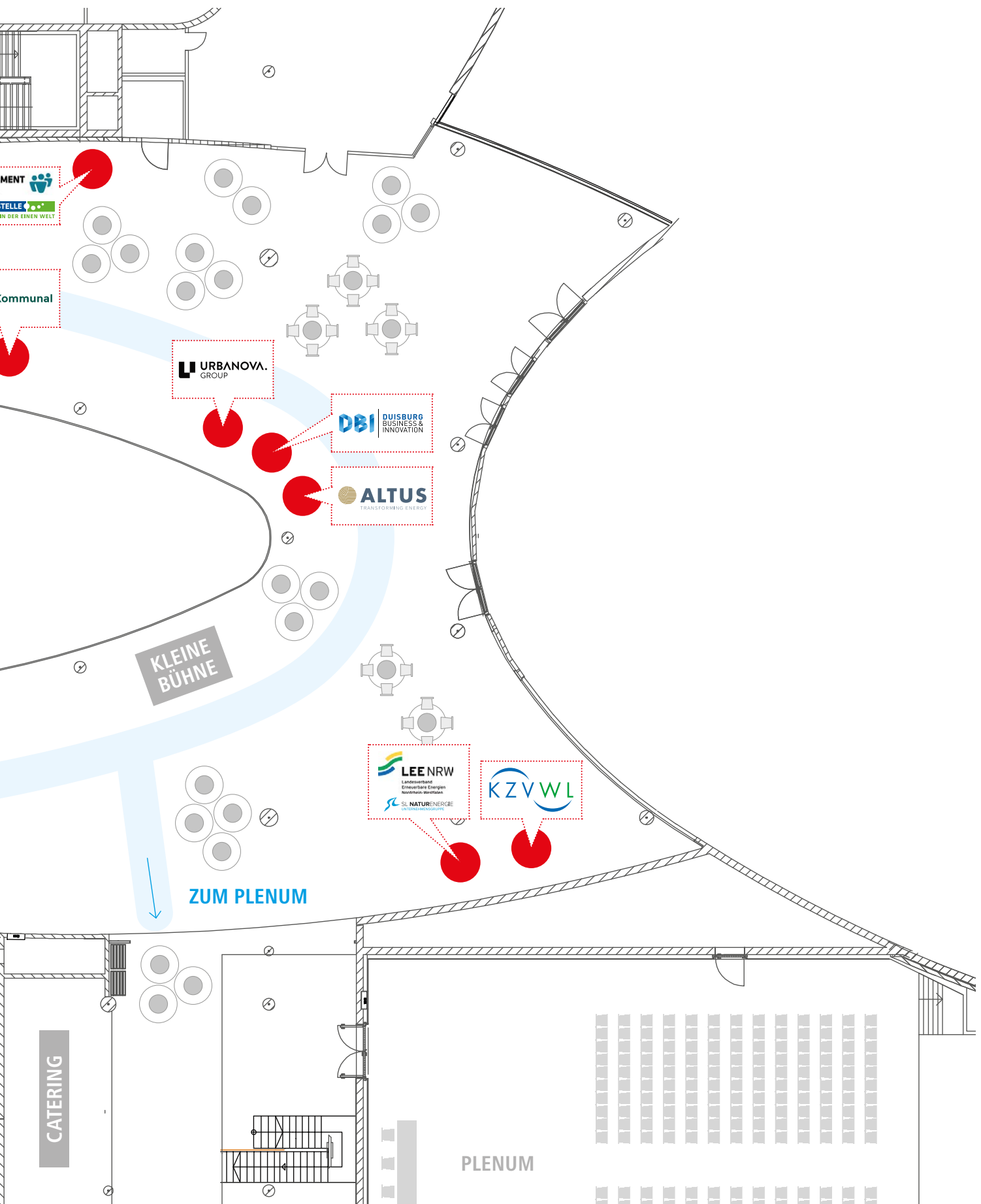
→ Erklär-Videos
→ Lerntagebuch
→ Pop-Quizze



**Friedrich
Ebert** 
Stiftung

HALLENPLAN





WIR DANKEN:



RESPEKT STATT BEDROHUNG!

Hass und Gewalt haben keinen
Platz in der Kommunalpolitik.
Schützen Sie sich –
die starke Stelle hilft.

☎ 0800-300 99 44
🌐 www.starkestelle.de
✉ info@starkestelle.de

starke
Stelle

Ihr Kontakt gegen
Gewalt im Amt

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Zukunft. Machen.

Agenda für eine neue Dynamik.

Deutschland kann mehr – mehr als in den letzten Jahren deutlich geworden ist. Dazu muss unser Land endlich vom „Reden“ ins „Machen“ kommen. Von einem Aufschwung müssen alle Menschen in Deutschland profitieren. Wir in der Sparkassen-Finanzgruppe verstehen uns dabei als „Möglichmacher“. Wir haben Vorschläge, was verändert werden muss, um gemeinsam eine neue Dynamik zu entfachen.



Erfahren Sie mehr über
unsere Vorschläge unter
www.dsgv.de/zukunftmachen



Weil's um mehr als Geld geht.